

Text nach: Toncollage der Installation:

Brauchen wir wirklich einen neuen Antiimperialismus?

bestehend aus Interviews, die schleuser.net im Sommer 2003 mit Franck Düvell, Claus Schreer und Serge Wamba führte. (Auszug)

Imperialismus aus meiner Sicht ist die Politik der Differenz, die Unterscheidung zwischen Geschlechtern, zwischen ethnischen oder rassischen Gruppen, zwischen Altersgruppen und zwischen Nationalitäten. **Imperialismus** ist darüber hinaus die Ausbeutung dieser Differenz: Unterschiedliche Löhne für Männer und Frauen, unterschiedliche Löhne und unterschiedliche Lebensstandards in den unterschiedlichen Ländern. Im zweiten Schritt ist **Imperialismus** die gewaltsame Durchsetzung dieser Differenz. Sie bedarf der Aufrechterhaltung der sozialen und der politischen Ordnung. Grenzen müssen durchgesetzt werden. Menschen müssen an der Flucht gehindert werden. Unterschiedliche rechtliche Stati für Inländer und Ausländer, für Männer und Frauen, für Jung und Alt müssen aufrechterhalten werden durch direkte oder strukturelle Gewalt. Das erfordert ein politisches und kulturelles System, welches diese Differenz vermittelt, welche sie rechtfertigt und welche sie aufrechterhält. **Imperialismus** ist die Herrschaft der transnationalen Konzerne und der Staaten, in denen sie ihren Sitz haben, also ich meine die Macht der Konzerne plus der dazugehörigen Staaten. Nach ca. 1960 sind fast alle Dritt-Welt Länder unabhängig und diese Unabhängigkeit ist nur auf dem Papier, praktisch läuft es ja anders, weil diese Selbstbestimmung in unseren Ländern überhaupt nicht existiert. Wir denken dieser **neue Imperialismus** ist ein leises Gift. Wenn man denkt: Ich bin unabhängig und wenn gesagt wird, dass ihr unabhängig seid, dann kann man ja gar nicht so richtig merken in welcher Situation und Abhängigkeit man eigentlich wirklich steckt. Wer ist die Kraft, die was verändern kann, die also wirklich Veränderungen durchsetzen kann? Das ist die entscheidende Frage. Da denke ich, ist es nach wie vor so, dass eigentlich diejenigen, die an den Hebeln der Produktionsmittel sitzen, die Hauptkraft darstellen. Ändern würde sich tatsächlich etwas, wenn es so etwas wie Generalstreiks geben würde, wie es ab und zu mal in Frankreich oder Italien passiert. Also wenn wirklich die ganze Wirtschaft lahm gelegt wird, und dies dann dazu führt, dass Regierungen ausgewechselt werden müssen. **Antiimperialismus** sprengt Grenzen auf. **Antiimperialismus** sprengt die Lager auf, die Länder auf, die Grenzen auf, die sozialen und politischen Barrieren auf. **Antiimperialismus** beinhaltet ein Gerechtigkeitsversprechen - ein Freiheitsversprechen. Man muss **Antiimperialismus** nicht neu erfinden, sondern man muss das heutige Stadium des **Imperialismus** genau analysieren und die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. Ich denke, neu ist die ungeheure Macht der transnationalen Konzerne und die ungeheure Macht - die politische und die wirtschaftliche Macht - einiger weniger **imperialistischer** Staaten, in denen genau diese Konzerne - diese global operierenden Konzerne ihren Sitz haben. Es sind also in erster Linie die USA und die Staaten der EU. ‚Wir sind hier weil ihr dort seit‘ ist eine Konsequenz der europäischen und amerikanischen Politik in unseren Ländern. In unserem Land, ich komme z.B. aus Kamerun, sind alle ökonomischen Sektoren in den Händen multinationalen Konzerne, wie z.B. Siemens

und Mercedes. Diese Konzerne unterstützen das diktatorische Regime, da sie diese diktatorische, kriminelle Regierung brauchen, und wollen, dass sie an der Macht bleibt, um von den Rohstoffen unserer Länder zu profitieren. Wir brauchen die Kategorie des neuen **Antiimperialismus** ganz einfach deshalb, weil es einen neuen **Imperialismus** gibt. Zahlreiche Think-Tanks schlagen tatsächlich, wortwörtlich, man mag das kaum glauben, einen **neuen Imperialismus**, einen neuen Kolonialismus vor. Einen Kolonialismus im humanen Gewande beispielsweise. Dies kann man in einer ganz bemerkenswerten Broschüre des Foreign Policy Institute London nachlesen. Wir brauchen einen **neuen Imperialismus** als Kategorie von unten. Auch deshalb, um den Partikularismus der sozialen Bewegung, der Linken, zumindest an einem bestimmten Punkt zusammenzuführen und so eine Art gemeinsamen Fokus herzustellen, einen gemeinsamen Gerechtigkeitsbegriff, eine neue radikale Theorie der Gerechtigkeit in der sich diese Bewegung auch wieder finden kann. Die Grundlagen für die neue Bundeswehrstrategie wurden eigentlich Anfang der 90er Jahre geschaffen. In diesen verteidigungspolitischen Richtlinien steht wörtlich: Der Anspruch auf den Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt - der Weltgeltungsanspruch Deutschlands. Also die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 lesen sich wie ein national-imperialistisches Programm. Deutschland will eine führende Rolle in Europa spielen. Europa soll als globaler Akteur militärisch handlungsfähig sein, ein mindestens gleichberechtigter militärischer Partner der USA werden. Damit einher geht auch die ganze Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Militärinterventionen. Die verteidigungspolitischen Richtlinien, die im Mai 2003 verkündet worden sind, sind praktisch eine kontinuierliche Fortschreibung dieser Militärstrategie, die damals in den 90er Jahre entwickelt worden ist. Jetzt wird ganz offen erklärt, dass die Bundeswehr im grenzenlosen Einsatz steht, die Bundeswehreinätze weder inhaltlich noch geografisch eingegrenzt werden können, und dass der politische Zweck darüber entscheidet wann, wo und wie die Bundeswehr eingesetzt werden soll. Also das Grundgesetz ist praktisch obsolet geworden. In den Chefetagen der Wirtschaft gibt es ein großes Interesse an einer Deregulierung der Einwanderungskontrolle. Einfach um die Welt als Ganzes in einen Arbeitsmarkt zu verwandeln, auf dem sich die Unternehmen bedienen können. Der Wettbewerb um die besten Köpfe wäre ein Stichwort. Auf der anderen Seite, in den Chefetagen der Politik, wird etwas ganz anderes gepredigt, da ist die Rede von Ängsten, von Bedrohung, von sozialer Ordnung und Sicherheit. **Migration** wird als Gefahr betrachtet, und es wird die Notwendigkeit betont, dass die Grenzkontrollen verschärft werden müssen. Tatsächlich wird im neuen wirtschaftlichen Jargon, wenn von Menschen die Rede ist, von Humankapital gesprochen. Der Mensch als solcher wird als ökonomischer Wert betrachtet. Darüber hinaus muss man sich aber die Krisenhaftigkeit der Situation in den Metropolen als Ganzes anschauen. Wir haben auf der einen Seite globale **Migration** und **Mobilität**, auf der anderen Seite eine Krise der **Mobilität** in den Metropolen. Die Arbeitgeber beklagen sich, dass die Arbeitnehmer nicht dort, wo sie eigentlich nachgefragt werden, und zu den Bedingungen wie es von ihnen verlangt wird, arbeiten. Wir haben die Krise der Bevölkerungspolitik - Stichwort Alterung, Stichwort Bevölkerungsrückgang - all das erfordert ja tatsächlich **Migration** und Zuwanderung, zumindest Gedanken darüber, wie denn mit diesem Problem umgegangen werden soll. Rational und aus ganz unterschiedlichen Gründen betrachtet, geht an **Migration** kein Weg

vorbei, wollen der Kapitalismus und die Metropolen so überleben, wie sie heute da stehen. Solange es den neuen **Imperialismus** gibt, solange wird es Flüchtlinge geben. Keiner kann sein Land so einfach verlassen. Man kann ungefähr sagen, 200 Weltkonzerne beherrschen den Weltmarkt. Diese Konzerne könnten praktisch gar nicht mehr überleben, wenn sie sich ausschließlich auf ihr nationales Territorium beziehen würden. Sie könnten weder expandieren noch Profite machen, die sie brauchen, wenn sie nur auf dieses Territorium beschränkt würden. Sie brauchen den Weltmarkt, um expandieren zu können. Sie brauchen den ganzen Globus als Absatzmarkt und für Kapitalanlagen. In diesem Zusammenhang brauchen sie einen starken Staat, der dafür sorgt, dass diese Expansion möglich ist. Gleichzeitig führen diese Konzerne untereinander einen gnadenlosen Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile und zwar mit Hilfe der Staaten, in denen sie ihren Sitz haben. Sie brauchen also einen starken Staat, erstens als Repressionsapparat nach innen, und zweitens brauchen sie einen politisch und militärisch starken Staat, um sich auch weltweit durchsetzen zu können. Die **Migrationsmotive** und -gründe sind so vielfältig wie die Anzahl der Menschen, die migrieren. Es sind ausgesprochen individuelle Prozesse und Entscheidungen, die dort gefällt werden. Um nur ein einziges Muster herauszugreifen: Vertreibung oder politische Verfolgung, das greift viel zu kurz. Der Wunsch nach einem Arbeitsplatz z.B. dürfte den überwiegenden Teil der weltweiten **Migration**, die wir heutzutage haben, beflügeln. Es ist politischer Opportunismus, diesen Aspekt außen vor zu lassen, nur weil die Schmutzkampagne vom wirtschaftlichen Flüchtling so stark ist und so sehr gegriffen hat. Man sollte noch lange nicht darauf verzichten, diesen Aspekt der **Wirtschaftsmigration**, der **Arbeitsmigration**, unter den Tisch fallen zu lassen. Ebenso gibt es die **Familienmigration** und auch die **Bildungsmigration**. Es gibt daneben die subkulturelle **Migration**. Es gibt Menschen, die sich an subkulturellen Szenen orientieren, ob homosexuelle oder politische Bewegungen, oder ob bestimmte Jugendkulturen damit gemeint sind. All das sind Beweggründe, warum Menschen von A nach B gehen. Man muss **Migration** in ihrer ganzen Komplexität begreifen, die unterschiedlichen Motive sehen und die unterschiedlichen Motive auch ernst nehmen. Weder von links noch von rechts ist es angezeigt, sich hier auf einen Aspekt zu konzentrieren und die anderen Fragen unter den Teppich zu kehren. Insofern greift die klassische Flüchtlingspolitik der westeuropäischen Linken zu kurz. Sie wird der Vielheit der **Migrationsmotive** nicht gerecht, und das Argument, wir hätten es nur mit politisch Verfolgten zu tun, greift auch zu kurz. Tatsächlich ist **Migration** bereits eine sozialrevolutionäre Bewegung. **Migration**, besonders die Autonomie der **Migration**, sprengt soziale, politische und physische Grenzen auf. Sie ist insofern autonom, als sie sich diesen Auswahlverfahren widersetzt, da es die Menschen sind, die entscheiden, wann und warum sie von A nach B gehen; sie überlassen es nicht Politikern, sie überlassen es nicht Schreibtischtätern.